

Halterns Marienkirche soll Denkmal werden. Doch der Ausschuss stimmt dagegen. FOTO ELISABETH SCHRIEF (ARCHIV)

Marienkirche soll Denkmal werden: Ausschuss stimmt dagegen

Haltern. Der Halterner Kulturausschuss lehnt den Denkmalschutz für St. Marien aus Sorge vor den Folgen ab. Doch am Ende könnte das Land entscheiden.

Von Paula Hammerschmidt

Der Schul-, Sport- und Kulturausschuss der Stadt Haltern hat sich gegen die Unterschutzstellung der Kirche St. Marien an der Gildenstraße ausgesprochen. Damit stellt sich das politische Gremium gegen die Empfehlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), der die Eintragung bereits im Januar 2025 beantragt hatte.

Die Mehrheit begründete ihre Ablehnung mit der ungewissen Zukunft des Kirchengebäudes. Ein Denkmalstatus könne die Suche nach einer neuen Nutzung erschweren und die Entwicklung des Areals behindern. Zudem verwiesen die Ausschussmitglieder auf hohe Sanierungskosten und die Einschätzung der Kirchengemeinde, dass St. Marien langfristig kaum noch als Kirche betrieben werden könne.

LWL sieht „Konzilskirche“

In seinem Gutachten bezeichnet der LWL die St. Marien als „Zeitdokument der Architekturgeschichte in Westfalen-Lippe“. Der Bau des Halterner Architekten Bernhard Kruth sei aus einer geometrischen Großform entwickelt worden: einem auf die Spitze gestellten Quadrat. Auch die Anordnung des Innenraums folge dieser geometrischen Großform.

Zudem sei die Kirche ein Zeugnis der religiösen Umbrüche nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie entstand während des Zweiten Vatikanischen Konzils. Der Altar steht im Zentrum, die Gemeinde ist um ihn herum angeordnet. Der LWL spricht deshalb von einer „Konzilskirche“. Auch die weitgehend erhaltene Ausstattung und der markante Turm begründen aus Sicht des Denkmalamtes den Schutzstatus.

Für die Kirchengemeinde St. Sixtus ist die Frage dagegen vor allem eine wirtschaftliche. Pfarrer Michael Ostholthoff verwies auf sinkende Besucherzahlen, einen Sanierungsbedarf von mehr als einer Million Euro und eine schrumpfende Gemeinde. Zuletzt sei auch die Heizung ausgefallen.

„Natürlich ist es immer wünschenswert, einen besonderen Ort zu erhalten, aber wir müssen realistisch bleiben“, sagte Ostholthoff. Die Gemeinde wolle das Areal nicht einfach aufgeben. Geplant sei eine Weiterentwicklung mit Wohnraum und einem Begegnungsort.

Politik fürchtet Folgen

Diese Einschätzung fand im Ausschuss breite Unterstützung. Die SPD verwies darauf, dass die Kirche unter Denkmalschutz womöglich zu einer kaum nutzbaren Bauruine werden könnte.

Die Grünen betonten, der Denkmalschutz dürfe eine vernünftige Stadtentwicklung nicht beeinträchtigen. Auch der Seniorenbeirat verwies auf den Bedarf an bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum. Die FDP bezweifelte, dass St. Marien die Voraussetzungen für einen Denkmalstatus erfüllt. Philipp Verbnik bezeichnete die Prüfung als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den LWL“. Die CDU stellte



Pfarrer Michael Ostholthoff sieht angesichts hoher Sanierungskosten kaum eine Zukunft für den Weiterbetrieb der Marienkirche. FOTO PAULA HAMMERSCHMIDT - (ARCHIV)

den fachlichen Wert der Kirche nicht grundsätzlich infrage, sieht aber Risiken für mögliche Folgenutzungen und enthielt sich. Nur eine Stimme entfiel am Ende auf die Eintragung in die Denkmalliste, sieben Ausschussmitglieder stimmten dagegen.

Dass ein politisches Gremium der fachlichen Einschätzung des Denkmalamtes widerspricht, ist nach Angaben der Stadt ungewöhnlich. Baudezernent Siegfried Schweigmann erklärte, der LWL habe die Denkmaleigenschaft eindeutig festgestellt. Einen „berechtigten Zweifel“ daran gebe es aus Sicht der Verwaltung nicht.

Sollte der Rat am 26. November ebenfalls gegen die Eintragung stimmen, kann das zuständige NRW-Ministerium als oberste Denkmalbehörde entscheiden. Schweigmann rechnet damit, dass das Land den Denkmalschutz letztlich bestätigen könnte. So war es auch im Fall der alten Zeche AV 8.

Diese Aussicht sorgte im Ausschuss für Frust. Hans-Ulrich Mast (WGH) nannte es „unbefriedigend“, dass die Stadt am Ende möglicherweise keine echte Entscheidungsmacht habe: „Was immer wir entscheiden, der LWL wird uns überstimmen.“

Schweigmann sagte, die Verwaltung habe fast zwei Jahre lang versucht, eine Entscheidung des Landes zu vermeiden. „Wir haben alle Strippen gezogen“, sagte er. Viel weiter habe sich das Verfahren aber nicht hinausschieben lassen.